

David Robert

Wahlen ohne Auswahl

**Die Präsidentschaftswahlen
vom 30. Mai 2002 in Algerien**

Am 30. Mai 2002 fanden die dritten pluralistischen Parlamentswahlen in der Geschichte Algeriens statt. Nach der Parlamentswahl 1991, welche fast zum Sieg der islamistischen Heilsfront FIS und zum Abbruch des Demokratisierungsprozesses führte, und der Wahl 1997 im Zeichen des Bürgerkrieges konnten die Algerier nun zum dritten Mal wählen. Die Wahlen brachten mit 199 Sitzen von 389 die absolute Mehrheit für die ehemalige Einheitspartei FLN. Die vorherige Mehrheitspartei RND verlor dramatisch und hat nur noch 48 von ehemals 156 Sitzen. Die islamistischen Parteien errangen zwar zusammen 81 Sitze, blieben aber hinter den Erwartungen zurück. Premierminister Ali Bentis, der auch Vorsitzender der FLN ist, hat nun eine klare Mehrheit im Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,09 Prozent. In der von einem Wahlboykott betroffenen Berberregion der Kabylei lag die Wahlbeteiligung bei unter zwei Prozent. Die Kabylei entsendet 30 Abgeordnete ins Parlament.

Die Wahl vom 30. Mai fand in einer für Algerien schwierigen Zeit statt. Die seit einem Jahr anhaltenden Unruhen in der Kabylei stehen noch vor keiner politischen Lösung. Die seit Monaten verstärkten Terroranschläge in der Hauptstadt lassen auch die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt in weite Ferne rücken. Ferner standen die Wahlen im Zeichen des Reformstaus in fast allen Bereichen des Staates. Dies waren selbst bei optimalen Voraussetzungen schwierige Bedingungen für eine Wahl.

Der Boykott der beiden Berberparteien FFS und RCD sowie die Nichtzulassung von Oppositionsbewegungen wie der islamistischen WARFA-Partei schränkten den Optionsspielraum vieler Wähler ein.

Die Wiedergewinnung der absoluten Mehrheit durch die ehemalige Einheitspartei FLN sowie die geringe Wahlbeteiligung zeigten, dass die wenigsten Wähler die Parlamentswahlen als Instrument der Lösung ihrer Probleme ansahen.

■ Situation vor der Wahl

Die Stimmung im Vorfeld der Parlamentswahlen könnte man mit dem Satz beschreiben: „Es gibt Wahlen und keinen interessiert es.“ Nach drei Jahren Präsidentschaft von Abdelaziz Bouteflika ist die Bevölkerung enttäuscht und in Lethargie verfallen. Die innenpolitischen Reformen gehen nur millimeterweise voran. Ein Ende der islamistischen Terrorangriffe scheint in immer weitere Ferne zu rücken. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den politischen und sozialen Ursachen der Berberunruhen, welche

seit April 2001 anhalten, ist nicht in Sicht und wird noch nicht einmal versucht. Darüber hinaus wird der Einfluss alter FLN-Kader im Umfeld der Präsidentschaft und der Regierung wiederhergestellt. Dies führt dazu, dass die jüngeren reformorientierten Eliten sich resigniert zeigen.

Eines der großen Themen vor der Wahl war die Krise in der Kabylei. Seit dem „schwarzen Frühling“ letzten Jahres ist die Kabylei eine Region im Ausnahmezustand. Der Ausbruch der Unruhen ereignete sich am 18. April 2001, als auf einer Polizeistation in Beni Doula der Schüler Massinissa Guermah getötet wurde. Dieses Ereignis führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung. Wie ein Lauffeuer breiteten sich die Unruhen in der Kabylei und in anderen Teilen Algeriens aus. Während des „schwarzen Frühlings“ sind rund hundert Personen getötet worden. Bis heute hat sich die Region nicht völlig beruhigt und bleibt dem staatlichen Zugriff praktisch entzogen. Dorfräte und der Mouvement Culturel Berbère haben die Koordinationsaufgaben übernommen und die offiziellen staatlichen Stellen weitgehend entmachtet. Zu berücksichtigen ist, dass es sich in der Kabylei nicht nur um einen Berberaufstand, sondern um einen politischen und sozialen Protest gegen die mangelnde Demokratisierung des Staates, gegen die Korruption und den Zusammenbruch der staatlichen Daseinsfürsorge im Gesundheits-, Schul-, Wasser- und Infrastrukturwesen handelt.

Vor diesem Hintergrund ist die Nichtteilnahme der beiden sozialdemokratisch ausgerichteten Parteien FFS (Front des Forces Socialistes) und RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) zu sehen. Die beiden Parteien, welche ihre Schwerpunkte in der Kabylei haben, sahen keine faire Chance für eine wirklich demokratische Parlamentswahl. Ihre Vertreter waren selbst der Meinung, dass es nicht einmal ausreiche, mit der Regierung über den Verlauf der Wahlen zu verhandeln, da grundsätzlich schon die Voraussetzungen für wirklich demokratische Wahlen nicht gegeben seien. FFS und RCD brachten damit zum Ausdruck, was auch viele Wählerinnen und Wähler dachten, dass die grundsätzliche Frage, wer die Macht ausübt, sich einer demokratischen Entscheidung in Algerien noch entzieht.

■ Eines der großen Themen vor der Wahl war die Krise in der Kabylei. Seit dem „schwarzen Frühling“ letzten Jahres ist die Kabylei eine Region im Ausnahmezustand.

Für die beiden Parteien, wie für viele Algerier, stellen die Wahlen ein vordergründiges Phänomen dar, welches die wirklichen Machtstrukturen in Algerien nicht wirklich berührte. Dies erklärt auch das weitverbreitete Desinteresse an den Wahlen in einem Land, welches vor Problemen nicht weiß, wo es zuerst reformieren soll.

Im Vorfeld der Wahlen versuchten der Präsident und die Regierung mittels eines enormen Aktionismus, die Bevölkerung zu mobilisieren und vor allem die Berber von einem allzu großen Wahlboykott abzuhalten.

In diesem Zusammenhang verkündete der Präsident am 22. März 2002, dass die Berbersprache Tamazigh als Nationalsprache zugelassen werde. Mit diesem Zugeständnis gegenüber einer alten Forderung der Berberbewegung versuchte Präsident Bouteflika die Stimmung in der Kabylei noch einmal zu wenden. Die Ankündigung stieß auf wenig Resonanz bei den Berbern, da sie zu deutlich als taktisches Manöver erkennbar war. Darüber hinaus kam die Geste des Präsidenten nach fast einem Jahr Unruhen in der Kabylei und über hundert kabyliischen Toten aufgrund von Auseinandersetzungen mit der Polizei viel zu spät. Bereits im Juni 2001 hatte die Berberbewegung im Rahmen der sogenannten Plattform von El Ksar u.a. die Anerkennung ihrer Sprache als Nationalsprache gefordert.

Die Entscheidung, welche auch breite Zustimmung im Parlament fand, verdeutlicht eines der Hauptprobleme zwischen Staatsmacht und Zivilgesellschaft. Es finden keine Gespräche statt, die zu bestimmten Kompromissen und Lösungen führen, sondern einsame Entscheidungen ohne gesellschaftliche Fundierung bestimmen die politische Szene.

Selbst nach zwölfmonatigen Unruhen suchte der Präsident bisher noch nicht das Gespräch mit Vertretern der Berberbewegung. Weder die Entscheidung des Präsidenten noch die Zustimmung der islamistischen und nationalistischen Parteien in der Regierungskoalition sind Ergebnisse eines Diskussionsprozesses und einer grundsätzlichen Neubewertung der staatlichen Identität Algeriens. Gerade solch eine Diskussion wäre aber notwendig, wenn Algerien sein Verhältnis zu sich selbst klären möchte.

■ **Selbst nach zwölfmonatigen Unruhen suchte der Präsident bisher noch nicht das Gespräch mit Vertretern der Berberbewegung. Weder die Entscheidung des Präsidenten noch die Zustimmung der islamistischen und nationalistischen Parteien in der Regierungskoalition sind Ergebnisse eines Diskussionsprozesses und einer grundsätzlichen Neubewertung der staatlichen Identität Algeriens.**

Die Frage der Kabylei, welche als Brennspegel der vielfältigen Probleme Algeriens gesehen werden kann, verdeutlicht die schwierige und verfahrenere Situation, der sich die Wähler bei den Wahlen am 30. Mai 2002 gegenüber sahen.

Große Teile der Bevölkerung spürten, dass Algerien sich in einer Situation befindet, in der sich der Staat und die Gesellschaft neu definieren bzw. neu gründen müssen. Hierzu ist mehr notwendig als eine Wahlentscheidung in den alt bekannten Bahnen der Politik. Angesichts dieser Herausforderung war für viele Algerier die Parlamentswahl nicht mehr als eine formale Pflichtübung.

■ Große Teile der Bevölkerung spürten, dass Algerien sich in einer Situation befindet, in der sich der Staat und die Gesellschaft neu definieren bzw. neu gründen müssen. Hierzu ist mehr notwendig als eine Wahlentscheidung in den alt bekannten Bahnen der Politik.

■ Wahlrecht

Die 389 Abgeordneten für das Parlament wurden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Gewählt wurde nach Listen je Wilaya (Departement). In den 48 Wilayas waren rund 18 Millionen Algerier zur Wahl aufgerufen; ferner rund 850 000 im Ausland, vorwiegend in Frankreich lebende Algerier.

Wahlberechtigt sind alle Algerier, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Wählen kann nur, wer sich vorher in die Wählerlisten eingetragen hat. Von den fast 19 Millionen Wahlberechtigten waren nach offiziellen Angaben nur rund zwölf Millionen in den Wählerlisten eingetragen. Die Wahlbeteiligung, bezogen auf die grundsätzlich wahlberechtigte Bevölkerung, lag bei nur 25 Prozent.

Insgesamt bewarben sich landesweit rund 10 000 Kandidaten und 23 Parteien um die Stimmen der Wähler.

Der Wahltermin wurde erst im März 2002 von dem Präsidenten festgelegt. Die Parteien hatten deshalb nicht viel Zeit, sich auf die Wahl vorzubereiten. Der Wahlkampf selbst ist nach Art. 172 des Wahlgesetzes auf 21 Tage vor der Wahl begrenzt. Die Parteien konnten deshalb erst ab dem 9. Mai 2002 mit ihren Wahlkampagnen beginnen.

Eine weitere Beschränkung des Wahlkampfes ist, dass nicht mehr als 150 000 DA (2000 bis 2500 €) für einen Kandidaten ausgegeben werden dürfen. Diese Beschränkung der Wahlkampfkosten dürfte insbesondere für die Parteien, welche nicht auf breite Unterstützung in der Verwaltung und den vielfältigen nationalen Institutionen und Vereinigungen rechnen

können, einen Nachteil bedeuten. Hier war die FLN, die alte Einheitspartei, klar im Vorteil.

■ Wahlkampf

Der Wahlkampf, der laut Gesetz nur 21 Tage dauerte, hatte weder den Charakter eines nationalen Wahlkampfes noch eines Themenwahlkampfes. Die Kandidaten operierten im Wesentlichen für sich und zum Teil mit sich widersprechenden Wahlaussagen in den unterschiedlichen Wilaya. Themenkampagnen waren nicht auszumachen. Die Aussagen waren eher allgemein und bezogen sich darauf, die Sicherheitslage zu verbessern bzw. die Wirtschaft in Gang zu bringen.

Da die Parteien keine konkreten Aussagen zu den vielfältigen anstehenden Reformen machten, entstanden noch nicht einmal im Ansatz Diskussionen in der Gesellschaft über die künftigen Wege in Fragen des Staatsaufbaues, der Wirtschafts- und Privatisierungspolitik oder in anderen Politikfeldern. Versprechungen der Kandidaten in den einzelnen Wilayas und die Persönlichkeit gaben bei der Wahl den Ausschlag.

Nach allen Informationen, die vorliegen, verlief der Wahlkampf fair und ohne staatliche Repression. Da es sich erst um die dritten pluralistischen Wahlen in Algerien handelt, ist dies sicherlich schon ein Wert an sich. Berücksichtigen muss man auch, dass die Regierung über die Genehmigung der Zulassung als Partei schon ein Instrument besitzt, aussichtsreiche Mitbewerber um die Macht auszubremsen. Ein solcher Bewerber wäre die islamistische Warfa-Partei des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ahmed Taleb Ibrahim gewesen.

Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen und am Wahlkampf war äußerst gering. Die Wahrnehmung war vielmehr, dass bestimmte Personen sich aus individuellen Interessen um Posten bewerben. Diese Sichtweise der Dinge korrespondiert mit der Art und Weise, wie die meisten algerischen Abgeordneten in den letzten Jahren ihr Mandat wahrgenommen haben. Begriffe wie „Wahlkreisarbeit“ sind Fremdwörter in der algerischen Politik. Die meisten Abgeordneten leben nicht einmal in ihren Wahlkreisen, sondern ziehen mit der Wahl in die Hauptstadt um. Regelmäßige Sprechstunden oder die gezielte Einbindung von Vereinigungen in die Arbeit finden in der Regel nicht statt. Diese Nicht-Kommunikation zwi-

■ Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen und am Wahlkampf war äußerst gering. Die Wahrnehmung war vielmehr, dass bestimmte Personen sich aus individuellen Interessen um Posten bewerben. Diese Sichtweise der Dinge korrespondiert mit der Art und Weise, wie die meisten algerischen Abgeordneten in den letzten Jahren ihr Mandat wahrgenommen haben.

schen politischer Klasse und Gesellschaft, eines der zentralen Probleme Algeriens, bestimmte auch den Wahlkampf.

■ Wahlergebnis

Der überwältigende Wahlsieg der Front de Liberation National (FLN) mit dem Gewinn von 199 der 389 Sitze im Parlament dürfte Ausdruck der Tatsache sein, dass die Strukturen der FLN, der ehemaligen Einheitspartei, immer noch intakt sind. Das bestehende Netzwerk der Mitglieder und Kontakte in der Verwaltung und den nationalen Organisationen dürfte den Ausschlag für den Wahlsieg gegeben haben. Nur wer an den Schalthebeln der Macht sitzt, kann Vorteile gewähren.

Die Politik von Präsident Abdelaziz Bouteflika in den letzten drei Jahren seiner Amtszeit zeigte allen Wählern, dass die Machtposition der FLN vom Präsidenten erneuert, aber keinesfalls abgeschafft werden soll. Angesichts dieser politischen Tendenz ist es nur konsequent, auf Kandidaten zu setzen, die aufgrund ihrer politischen Nähe auch Wünsche im staatlichen Apparat umsetzen können. Kandidaten, welche keinen privilegierten Zugang zu den Machthabern besitzen, waren für die meisten Wähler keine verlockende Alternative. Berücksichtigen muss man hierbei die politische Kultur Algeriens, in der Klientelbeziehungen selbstverständlich sind.

Da das Parlament die strategischen Entscheidungen der Politik in Algerien kaum beeinflussen kann, sondern diese vom Präsidenten im Zusammenwirken mit der militärischen Führung des Landes entschieden werden, machen die Abgeordneten sich vor allem als Lobbyisten für die Wünsche und Interessen bestimmter Personen und Gruppen nützlich.

Vor diesem Hintergrund kann der Sieg der ehemaligen Einheitspartei, deren Politik seit der Unabhängigkeit 1962 in die bestehenden Krisen des Landes geführt hat, nicht überraschen. Das Motiv, Kandidaten zu wählen, welche gute Beziehungen zum Machtapparat haben, wird noch verdeutlicht durch die Tatsache, dass in Algerien nach wie vor alles um den Staat kreist. Die Privatwirtschaft ist erst im Entstehen, und da, wo sie existiert, ist sie häufig vom Staat als Auftraggeber abhängig. Die Zivilgesellschaft ist noch in den Anfängen ihrer Entwicklung und erst langsam

■ Der überwältigende Wahlsieg der Front de Liberation National (FLN) mit dem Gewinn von 199 der 389 Sitze im Parlament dürfte Ausdruck der Tatsache sein, dass die Strukturen der FLN, der ehemaligen Einheitspartei, immer noch intakt sind.

■ **Der RND (Rassemblement National Démocratique) ist als Abspaltung des FNL gegründet worden. Bei der Wahl 1997 war der RND mit 156 Sitzen der große Sieger. Die Wahl vom 30. Mai 2002 stellt eine schwere Niederlage für die Partei dar, die auf 48 Sitze absank.**

dabei, ein Selbstverständnis zu finden und auf nationaler Ebene einen Beitrag zur Strukturierung der Gesellschaft zu leisten. Die zu verzeichnenden positiven Ansätze in der Zivilgesellschaft sind in der Regel lokal begrenzt.

Der RND (Rassemblement National Démocratique) ist als Abspaltung des FNL gegründet worden. Bei der Wahl 1997 war der RND mit 156 Sitzen der große Sieger. Die Wahl vom 30. Mai 2002 stellt eine schwere Niederlage für die Partei dar, die auf 48 Sitze absank. Die Gründe hierfür dürften darin liegen, dass 1997 der Wunsch nach neuen Gesichtern groß war. Der RND war als FLN-Abspaltung Erneuerung und Bewahrung zugleich.

2002 konnte der RND diese Rolle nicht mehr spielen, da der FLN eine personelle Erneuerung vollzogen hatte und mit vielen neuen Kandidaten angetreten war. Rund 80 Prozent der FLN-Abgeordneten sind zum ersten Mal im Parlament und die meisten unter vierzig Jahre alt. Selbst was die Frauen im Parlament betrifft, stellt der gesellschaftspolitisch konservativ-islamisch eingestellte FLN 18 von 25 Mandatsträgerinnen. Ferner verlor in den letzten fünf Jahren der RND insofern seine Unschuld, als auch er von Korruptionsskandalen belastet war und nicht deutlich machen konnte, was ihn wirklich vom FNL unterscheidet. Ein weiterer Grund für das schlechtere Abschneiden dürfte gewesen sein, dass der RND die gehobenen Schichten, man könnte sagen, das „Großbürgertum“, repräsentiert, während der FNL im stärkeren Maße die breiten Volksschichten als Zielgruppe hat.

Der zweite Verlierer der Wahl waren die islamistischen Parteien. Zusammengerechnet kamen sie auf 81 der 389 Sitze im Parlament. Dabei gab es interessante Verschiebungen innerhalb des islamistischen Lagers. Die radikalen Verluste von Ennahda, die nur noch einen Sitz gewinnen konnte, dürfte der Preis für ihre allzu starke Anpassung an den Regierungskurs gewesen sein. Die Parteien HMS Mouvement pour la Société de la Paix und ELISLAH gaben sich radikaler und fanden dementsprechend mehr Zuspruch. Wie weit die Ergebnisse manipuliert wurden, wie die islamistischen Parteien behaupten, ist unklar.

Das Ergebnis der islamistischen Parteien ist zum einen Ausdruck der Enttäuschung über die sogenannte islamische Alternative, welche das Land in ein

Blutband stürzte, und zum anderen der Tatsache, dass auch der FNL klar islamisch-orthodoxe Positionen vertritt. Beispiel für die islamische Position des FNL war eine Verhaftungswelle, die sich gegen Liebespärchen in öffentlichen Parks richtete, welche erst nach einer Woche Gefängnis und medizinischen Untersuchungen wieder frei kamen.

Seitdem ist das Erscheinungsbild Algiers verändert. Junge Paare sind aus dem öffentlichen Stadtbild verschwunden. Angesichts der sehr jungen Gesellschaft Algeriens – 70 Prozent der Bevölkerung sind unter dreißig Jahre alt – ein unübersehbares Phänomen des gesellschaftspolitischen *roll backs*. Viele islamisch-konservative Wähler dürften sich deshalb auch beim FLN zu Hause gefühlt haben.

Darüber hinaus verkörpern die islamischen Parteien keinen spezifischen Ansatz für die Vielzahl der Reformen, die Algerien angehen muss. Für die Wähler, die Hoffnung auf Reformen nicht aufgegeben haben, dürfte in der Kombination gesellschaftspolitisch konservativ-reformorientiert der FNL noch die bessere Alternative gewesen sein.

Nicht vergessen werden darf allerdings, dass mit der Nichtzulassung der islamistischen WARFA-Partei eine wirkliche politische Alternative nicht antreten durfte. Das Ziel von WARFA ist es, ehemalige FIS-Anhänger zu mobilisieren, gleichzeitig die nationale Komponente abzudecken und sich offen nach außen und Europa zu geben.

Der Gründer von WARFA, Ahmed Taleb Ibrahim, ist ein islamischer Intellektueller, welcher selbst seit der Unabhängigkeit der FNL angehörte und in der Regierung Algeriens viele Jahre das Amt des Außenministers bekleidete. Ibrahim, ein Intimfeind Bouteflikas, wäre nicht einzubinden gewesen. WARFA hätte Totalopposition zur Regierung praktiziert. Den wirklichen Lackmus-Test, wie es um die islamistische Wählerschaft steht, hat die algerische Gesellschaft mit dieser Wahl sicherlich nicht gehabt. Das islamische/islamistische Wählerpotenzial bleibt sicherlich für die nächsten Jahre noch die große Unbekannte im politischen System Algeriens.

Die Auseinandersetzung mit dem Islamismus wurde in den letzten Jahren militärisch geführt, aber nicht auf der inhaltlichen Ebene. Aus diesem Grunde ist die Schwächung der islamistischen Parteien darauf

■ Die Auseinandersetzung mit dem Islamismus wurde in den letzten Jahren militärisch geführt, aber nicht auf der inhaltlichen Ebene.

zurückzuführen, dass ehemalige FIS-Wähler zu Hause blieben, da sie sich im Parteienspektrum nicht wiederfanden, aus Frust über die Ereignisse der letzten Jahre grundsätzlich der Politik den Rücken gekehrt haben oder als Alternative, wie oben erwähnt, FNL wählten.

Eine Überraschung der Wahl ist, dass die trotzkistische Partei der Arbeiter 21 Sitze erringen konnte. Hier dürfte weniger die Ideologie als ihre Funktion als Protestpartei ausschlaggebend gewesen sein. Die Wähler, die weder islamistisch noch national-konservativ wählen wollten, hatten nach dem Rückzug von FFS und RCD nur noch Unabhängige oder eher unbekanntere Parteien wie den PT zur Auswahl.

Dass der PT unter den vielen kleinen Parteien immerhin auf 21 Sitze kam, dürfte seine Gründe darin haben, dass er vom noch vorhandenen sozialistischen Gedankengut, welches sich insbesondere bei den Gewerkschaften findet, profitiert. Da der FLN sein ursprüngliches sozialistisches Programm zunehmend zugunsten der von ihm jetzt propagierten Privatisierungspolitik und der Hinwendung zur Wettbewerbswirtschaft aufgibt, dürfte für den PT eine Marktlücke entstanden sein. Alle Verlierer der Privatisierung und der marktwirtschaftlichen Ausrichtung dürften sich mit dem trotzkistischen Ansatz identifiziert haben. In den letzten Jahren verlor infolge der Privatisierung und der Umstrukturierung der algerischen Wirtschaft rund eine Millionen Menschen den Arbeitsplatz. Angesichts dieser sozialen Verwerfungen, welche eine explosive Situation im Lande erzeugt haben, war für rund 350 000 Menschen der PT eine Alternative.

■ Welche Auswirkungen die Parlamentswahlen auf die zukünftige Politik in Algerien und auf die Demokratisierung haben werden, ist sehr schwer abzuschätzen. Grundsätzlich ist von Bedeutung, dass die großen strategischen Entscheidungen nicht im Parlament fallen. Die wichtigen politischen Entscheidungen fallen in einem undurchsichtigen Prozess der Interaktion zwischen dem Machtzentrum des Präsidenten und den Generälen.

■ Ausblick auf die zukünftige politische Entwicklung

Welche Auswirkungen die Parlamentswahlen auf die zukünftige Politik in Algerien und auf die Demokratisierung haben werden, ist sehr schwer abzuschätzen. Grundsätzlich ist von Bedeutung, dass die großen strategischen Entscheidungen nicht im Parlament fallen. Die wichtigen politischen Entscheidungen fallen in einem undurchsichtigen Prozess der Interaktion zwischen dem Machtzentrum des Präsidenten und den Generälen. Ein Geflecht von Klientelbeziehungen, Importmonopolen und sonstigen Interessengemeinschaften gestaltet die Politik in Algerien.

Für den Großteil der Bevölkerung ist das politische Entscheidungszentrum wie eine Black box. Die internen Meinungsbildungsprozesse sind nicht nachvollziehbar, und vielfach ist nicht identifizierbar, was die Prämissen einer Entscheidung sind.

In einem solchen Entscheidungsablauf fällt dem Parlament nur eine marginale Rolle zu. Die Entscheidungen der Regierung und des Präsidenten werden abgesegnet und demokratisch legitimiert. Politische Initiativen gehen selten vom Parlament aus. Die politischen Parteien kommen ihrer demokratischen Aufgabe, Meinungsbildungsprozesse zu organisieren, selten nach. Eine politische Programmatik mit klaren Vorstellungen zu einzelnen Reformansätzen existiert nicht. Ob hier in den nächsten fünf Jahren eine Weiterentwicklung des Selbstverständnisses stattfinden wird, bleibt abzuwarten.

Die Tatsache, dass der FNL die absolute Mehrheit hat, lässt nicht erwarten, dass sich am bisherigen Kurs etwas ändern wird. Premierminister Benlis, der auch die neue Regierung stellen wird, ist Vorsitzender des FLN. Ebenso ist Präsident Bouteflika seit Beginn seiner politischen Karriere ein Mann des FLN. Die letzten Jahre seiner Amtszeit verdeutlichten, dass er sich auch weiterhin als Mitglied des FLN versteht. Er machte keine Anstalten, einen überparteilichen Ansatz zu verfolgen.

Zwar sind die Mandatsträger des FLN mehrheitlich neu im Parlament und Angehörige der Generation unter vierzig Jahren. Dies gibt zwar Hoffnung auf einen Wandel im Politikverständnis, gleichzeitig erleichtert die mangelnde politische Erfahrung der Abgeordneten es der Exekutive, das Parlament zu instrumentalisieren.

Wenn die vorangegangene Beobachtung, dass die Wähler keine Programme und gesellschaftspolitischen Entwürfe gewählt haben, sondern vor allem „Lobbyisten“ bei der Macht für lokale und persönliche Interessen, richtig ist, lässt dies vermuten, dass die Abgeordneten mit keiner politischen Vision ins Parlament einziehen.

■ Fortgang der Reformen

Die vielfältigen Reformen, welche die algerische Regierung in Angriff genommen haben, werden sicher fortgesetzt. Die Privatisierung, die Reform des Ban-

■ **Politische Initiativen gehen selten vom Parlament aus. Die politischen Parteien kommen ihrer demokratischen Aufgabe, Meinungsbildungsprozesse zu organisieren, selten nach. Eine politische Programmatik mit klaren Vorstellungen zu einzelnen Reformansätzen existiert nicht. Ob hier in den nächsten fünf Jahren eine Weiterentwicklung des Selbstverständnisses stattfinden wird, bleibt abzuwarten.**

kensystems, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, die Reform des Justizwesens etc. stehen weiterhin auf der Prioritätenliste der Regierung. Nicht erkennbar ist allerdings, warum es im Vergleich zu den letzten drei Jahren zu einer Dynamisierung der Reformpolitik kommen sollte. Der Ausgang der Parlamentswahlen gibt hierfür keine Begründung. Vielmehr ist davon auszugehen, dass weiterhin sehr bedächtig vorgegangen wird. Entscheidungen, die wie ein Befreiungsschlag einzelne Bereiche vorantreiben, sind mit dem strukturkonservativen FLN nicht zu erwarten.

Auch auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik ist damit zu rechnen, dass es Reformen gibt. Hier dürfte es schon ein Fortschritt sein, wenn es zu keinem Rückschritt kommt. Die Rechte der Frau und die Familienpolitik sind keine Reformfelder für den FLN. Das Familienrecht von 1984 wurde vom FLN gemacht und ist islamisch-orthodox ausgerichtet. Im Familien- und Scheidungsrecht können sich die Richter je nach Belieben positivem Recht zuwenden oder die *Scharia* zur Anwendung bringen.

■ Die Pressefreiheit Algeriens, welche beispielhaft für die arabische Welt ist, ist vielen in der Regierung ein Dorn im Auge. In den letzten drei Jahren gab es immer wieder Versuche, sie einzuschränken. Die Wiedererlangung der dominanten Stellung des FLN lässt wenig Hoffnung, dass die Demokratisierung von seiten der politischen Klasse in Algerien weitere Impulse erhält.

Die Pressefreiheit Algeriens, welche beispielhaft für die arabische Welt ist, ist vielen in der Regierung ein Dorn im Auge. In den letzten drei Jahren gab es immer wieder Versuche, sie einzuschränken. Die Wiedererlangung der dominanten Stellung des FLN lässt wenig Hoffnung, dass die Demokratisierung von seiten der politischen Klasse in Algerien weitere Impulse erhält. Präsident Bouteflika wie auch Premierminister Benlis haben während ihrer Amtszeit wenig zur Förderung der politischen Kultur in Algerien beigetragen.

Im Kampf gegen den Terrorismus wird auch die neue Regierung den Abnutzungskampf gegen die Islamisten fortsetzen. Während die von Bouteflika zu Beginn seiner Amtszeit 1999 auf den Weg gebrachte *concorde civile* zwar zu einer Beruhigung der Lage, nicht aber zur Lösung des Islamistenproblems geführt hat, steht der Staat zur Zeit ratlos den seit Monaten zunehmenden Terrorattacken gegenüber.

Selbst wenn die Attentate kurzfristig nicht zu verhindern sind, ist auch keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den islamistischen Positionen begonnen worden. Ein Diskussionsprozess über das Selbstver-

ständnis Algeriens wurde in den letzten zehn Jahren nicht in Gang gesetzt und ist auch mit der neuen Mehrheit nicht zu erwarten.

Ähnlich wie bei der Haltung gegenüber den islamistischen Terroristen ist auch in der Frage der Kabylei keine politische Lösung in Sicht. Nach der Parlamentswahl hat Premierminister Benlis Gespräche mit der Berberbewegung angekündigt. Der Umstand aber, dass nach vierzehn Monaten Krise Präsident Bouteflika noch immer nicht das Gespräch mit der Berberbewegung gesucht hat, lässt auch weiterhin wenig Hoffnung, dass die Regierung ihre Politik „der tauben Ohren“ gegenüber den politischen und sozialen Sorgen der Bevölkerung ändern wird.

Die neue Regierung, welche am 17. Juni 2002 präsentiert wurde, steht den bekannten Herausforderungen gegenüber. Nur wenn es ihr gelingt, sichtbare Fortschritte aufzuzeigen, kann verhindert werden, dass das Land in eine Anarchie abgleitet.

Die neuen Regierung muss sich der Identitätskrise Algeriens widmen. Das Land braucht eine Vision für ein Algerien, in dem sich Araber, Berber, Arabophone, Francophone, westlich Orientierte und traditionell islamisch Orientierte wiederfinden. Die Anerkennung der Berbersprache Tamazigh als Nationalsprache dürfte nicht ausreichen, eine Wende zum Positiven einzuleiten. Bisher ist die politische Klasse einem solchen Selbstverständigungsprozess aus dem Wege gegangen. Selbst die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Kabylei mit weit über hundert Toten haben solch eine Diskussion bisher nicht in Gang gesetzt.

Eine weitere Gefahr ist die soziale Krise, welche sich im zunehmenden gesellschaftlichen Zerfall manifestiert. Eine Armutsrate von weit über 60 Prozent, eine Geburtenrate unter einem Prozent, steigende Kriminalität, sich ausbreitende Prostitution und eine wachsende Selbstmordrate begleiten diesen gesellschaftlichen Verfall. Die familiären und sozialen Bindungen lösen sich auf und eine Atomisierung der Gesellschaft setzt ein. Ein solches städtisches Armutsproletariat konnten die Islamisten Anfang der neunziger Jahre als erste für sich nutzen und instrumentalisieren.

Dieses Heer sozial Entwurzelter dürfte ein ständiger Nährboden für soziale Unruhen sein. Politische

■ **Die neuen Regierung muss sich der Identitätskrise Algeriens widmen. Das Land braucht eine Vision für ein Algerien, in dem sich Araber, Berber, Arabophone, Francophone, westlich Orientierte und traditionell islamisch Orientierte wiederfinden. Die Anerkennung der Berbersprache Tamazigh als Nationalsprache dürfte nicht ausreichen, eine Wende zum Positiven einzuleiten.**

■ **Algerien befindet sich mitten in einer Transitions-
krise. Der Übergang von
einer Staatswirtschaft hin
zu einer marktwirtschaft-
lichen Ordnung vollzieht
sich allmählich. Politik und
Gesellschaft haben keine
klare Vorstellung, wie die
Ordnung aussehen soll, in
Richtung auf die das Land
sich entwickelt. Vertrautes
bricht weg, ohne dass
Neues erkennbar ist.**

und wirtschaftliche Reformen, welche zwangsweise Verlierer produzieren werden, können in solch einem Umfeld nur schwer umgesetzt werden. In einer Atmosphäre, in der die ungerechte Verteilung von Wohnraum oder Wasser zu lokalen Unruhen führt, kann jede Entscheidung das Fass zum Überlaufen bringen.

Algerien befindet sich mitten in einer Transitions-
krise. Der Übergang von einer Staatswirtschaft hin zu
einer marktwirtschaftlichen Ordnung vollzieht sich
allmählich. Politik und Gesellschaft haben keine klare
Vorstellung, wie die Ordnung aussehen soll, in Rich-
tung auf die das Land sich entwickelt. Vertrautes
bricht weg, ohne dass Neues erkennbar ist. Darüber
hinaus sorgen Interessen und politische Blockaden
für eine zögerliche Umsetzung der Reformen. Die
langsame und zögernde Reformpolitik lässt wie-
derum den Reformwillen in der Bevölkerung schwin-
den. Das langsame und nicht konsequente Vorgehen
sorgt dafür, dass positive Ergebnisse auf sich warten
lassen. Dies wiederum nährt die Zweifel, dass man auf
dem rechten Wege sei.

Die fehlende Kommunikation zwischen der politi-
schen Klasse und der Gesellschaft verhindert, dass die
Reformvorhaben der Bevölkerung angemessen ver-
mittelt werden. Ein Beispiel hierfür ist das Assoziie-
rungsabkommen mit der Europäischen Union, wel-
ches die Regierung abgeschlossen hat, ohne Inhalt
und Zielsetzung ausreichend der Bevölkerung und
den gesellschaftlichen Akteuren vermittelt zu haben.
Nach heftigen Protesten wurden von der Regierung
einige Informationsveranstaltungen durchgeführt.
Bisher hat die Regierung nicht verstanden, dass die
Reformpolitik, wenn sie ernst gemeint ist, auch kom-
munikativ begleitet werden muss.

Eng verbunden mit der Transitionskrise ist die
Staats- und Demokratiekrise des Landes. Die Men-
schen haben kein Vertrauen in den Staat und erleben
ihn als „Beute“ in den Händen von Generälen und
politischen Clans. Die formalen demokratischen In-
strumente wie die Parlamentswahlen schaffen des-
halb kein Vertrauen und sorgen für keine Identifika-
tion. Das fehlende Vertrauen in die staatlichen
Strukturen und in die politische Klasse verringert die
Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die Bereit-
schaft für Reformen.

Zur Überwindung der Staatskrise muss die neue Regierung zeigen, dass sie auf die Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung hört und reagiert. Langfristig gehört zur Überwindung der Staatskrise auch eine ehrliche Aufarbeitung der politischen Irrwege der Vergangenheit. Ob der Erbe dieser Vergangenheit, der FLN, dazu auserkoren ist, solch eine historische Aufarbeitung zu leisten, ist mehr als zweifelhaft.

Die Sicherheitskrise, welche schon fast überwunden geglaubt wurde, ist wieder auf der politischen Agenda. Seit gut einem halben Jahr hat der Terror die Hauptstadt wieder erreicht. Wöchentlich werden Anschläge in der Hauptstadt verübt. Neben Polizisten sind Märkte und öffentliche Plätze Ziele der Attacken. Die Bevölkerung ist wieder traumatisiert. Sollte die neue Regierung nicht bald wenigstens die Sicherheit in der Hauptstadt gewährleisten können, dürften sich alle Bemühungen, die Wirtschaft zu reformieren und Auslandsinvestitionen zu requirieren, als Fehlschläge erweisen.

Die neue Regierung hat, wie gezeigt, enorme Herausforderungen vor sich. Erschwerend kommt hinzu, dass die politischen Probleme interdependent sind und gleichzeitig angegangen werden müssen. Der Unterschied zur Vorgängerregierung ist lediglich, dass die Zeit für Algerien immer drängender wird.

Die Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002 haben sicher nicht die Lösung der großen Probleme Algeriens erleichtert. Andererseits: Es haben immerhin mehr oder weniger offene und freie Wahlen stattgefunden. Dies ist in der arabischen Welt keine Selbstverständlichkeit.

Die Algerier haben keine andere Wahl, als dem neuen Parlament eine Chance zu geben. Das im April 2002 unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union sorgt hoffentlich für ein stärkeres Engagement Europas in Algerien. Die Förderung der Kooperation und des Dialogs stärkt die reformbereiten Kräfte im Land. Viel wichtiger als technokratische Reformen wie Reorganisation des Bankensektors, Verwaltungsreform, Finanzreform usw. ist, dass den algerischen Eliten deutlich wird: Politik kann nicht ohne die Bevölkerung gemacht werden. Und hierzu ist die Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft und zwischen den ge-

■ Die Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002 haben sicher nicht die Lösung der großen Probleme Algeriens erleichtert. Andererseits: Es haben immerhin mehr oder weniger offene und freie Wahlen stattgefunden. Dies ist in der arabischen Welt keine Selbstverständlichkeit.

sellschaftlichen Akteuren unverzichtbar. Europa sollte dabei vor allem die Zivilgesellschaft nicht vergessen. Sie ist der eigentliche Motor der Demokratisierung. Insbesondere für die geistig-moralische Erneuerung des Landes, bei der Wirtschaftsreformen ein Instrument, aber nicht das Ziel sein können, gilt die Hoffnung auf einen Wandel den gesellschaftlichen Kräften.

■ Anhang 1

■ Zusammenfassung der Ergebnisse

Partei		Anzahl	
		Stimmen	Sitze
FLN	Front de Libération Nationale	2 632 705	199
RND	Rassemblement National Démocratique	630 241	48
EL ISLAH	Elislah	746 884	43
HMS	Mouvement pour la Société de la Paix	573 801	38
	Unabhängige	489 992	29
PT	Parti des Travailleurs	355 405	21
FNA	Front National Algérien	234 530	8
NADHA	Mouvement Nadha	265 495	1
PRA	Parti du Renouveau Algérien	162 308	1
MEN	Mouvement de L'Entente Nationale	139 919	1
PNSD	Parti National pour la Solidarité et le Développement	135 650	0
MNJA	Mouvement National de la Jeunesse Algérienne	88 343	0
RUN	Rassemblement pour l'Unité Nationale	77 405	0
RPA	Rassemblement pour l'Algérie	68 052	0
ADH 54	AAHD 54	66 645	0
MJD	Mouvement de la Jeunesse Démocratique	64 731	0
PRP	Parti Républicain Progressiste	58 319	0
MNE	Mouvement National de l'Espoir	53 349	0

Partei		Anzahl	
		Stimmen	Sitze
RNC	Rassemblement National Constitutionnel	52 214	0
RPR	Rassemblement Patriotique Républicain	50 389	0
RA	Rassemblement Algérien	48 750	0
UDL	Union pour la Démocratie et Les Libertés	41 004	0
FAD	Front des Algériens Démo- cratique	40 643	0
MNND	Mouvement National pour la Nature et le Développement	34 774	0
	Insgesamt		389

■ Anhang 2

Wilaya	Prozent	Wilaya	Prozent
Adrar	51,23	Constantine	41,49
Chlef	47,76	Medea	48,46
Laghouat	64,28	Mostaganem	55,72
Oum el Bouaghi	49,74	M'sila	52,21
Batna	43,15	Mascara	56,34
Bejaia	2,62	Ouargla	45,84
Biskra	52,64	Oran	53,66
Bechar	63,04	El Bayadh	69,50
Blida	44,70	Illizi	62,26
Bouira	33,38	Bordj Bou Arreridj	50,33
Tamanrasset	59,08	Boumerdes	33,97
Tebessa	57,43	El Tarf	68,81
Tlemcen	57,16	Tindouf	88,35
Tiaret	60,90	Tissemsilt	56,63
Tizi Ouzou	1,84	El Oued	40,77
Alger	31,81	Kenchela	54,22
Djelfa	64,05	Souk Ahras	57,97
Jijel	51,08	Tipaza	60,32
Setif	50,05	Mila	49,64
Saida	53,92	Ain Defla	45,32
Skikda	54,11	Naama	62,44
Sidi Bel Abbes	64,59	Ain Temouchent	67,97
Annaba	58,76	Ghardaia	50,00
Guelma	65,60	Relizane	44,84
Ausland	20,12		

■ Wahlbeteiligung in den Wilayas

**■ Parlamentswahlen in
Algerien am 30. Mai 2002**

■ Anhang 3

Nicht-Teilnahme: 53,91 Prozent
 Teilnahme : 46,09 Prozent
 Mandate: 389

		1997	2002
FLN	Front de libération nationale	64	199
RND	Rassemblement national démocratique	156	48
MSP	Hamas	69	38
PT	Parti des travailleurs	4	21
FFS	Front des forces socialistes	20	–
RCD	Rassemblement pour la Culture et la Démocratie	19	–
NAHDA	Mouvement Ennahda	34	1
UDL	Union pour la démocratie et les libertés	1	0
	Indépendants	11	29
EL ISLAH	(Islamisten)	0	43
FNA	Front National Algérien		8
PRP	Parti républicain progressiste	3	0
PSL	Parti social-libéral	1	–
PRA	Parti du Renouveau Algérien		1
MEN	Mouvement de l'Entente Nationale		1

Das Manuskript wurde am 22. Juli 2002 abgeschlossen.